

STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

Juli / August 2021

Zivilreligion

Wie das Nebeneinander von Staat
und Kirche reformiert werden soll

Seiten 8 - 10

NAHER OSTEN

Israel zwischen Segen und Fluch: Wie weiter nach Raketenhagel und Neuwahlen?

Seite 4

COVID-ZERTIFIKAT

«Diskriminierung» heisst neu «Ungleichbehandlung»... Droht uns eine Zweiklassengesellschaft?

Seite 5

KANTON ZÜRICH

- Kanton Zürich wird nicht familienfreundlicher
- ZKB soll Sponsoring offenlegen
- Reha-Zentren: Impfzwang aufgehoben

KANTONALTEIL



Fotowettbewerb: «Familie fägt!»

Wie erleben Sie die Familie? Möchten Sie tolle Familienfotos und schöne Familien-erinnerungen mit der Leserschaft des «Standpunkt» teilen? Wir präsentieren die schönsten Fotos in der **Septemberausgabe**.

Wichtig: Mit der Zustellung eines Fotos erklären sich alle abgebildeten Personen mit dessen Veröffentlichung einverstanden. **Letzter Einsendeschluss ist der 6. August** (am liebsten per E-Mail; Papierfotos aus früheren Zeiten werden retourniert):

redaktion@edu-schweiz.ch,
Redaktion «Standpunkt», Postfach 43, 3601 Thun.

Es gibt diverse attraktive **Preise** zu gewinnen. Wir freuen uns auf Ihre Einsendungen. Denn: «Familie fägt!» (tf)

Wichtige Daten

- 3. Juli: Mitgliederversammlung** (die Mitglieder haben eine persönliche Einladung erhalten)
26. September: Volksabstimmung (VI «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern», Änderung ZGB – «Ehe für alle»)

- 6 «Ehe für alle» – Engagement für die traditionelle Familie
- 7 Gender Mainstreaming will Identitätsstörungen nutzen
- 12 Klartext aus Bern – Gebetsecke
- 17 Pagina ticinese – aktueller Buchtipp
- 19 Impressum – Schlusspunkt: «Zäme fürs Läbe!»

➔ Referendum II zum Covid-Gesetz: Seite 12

www.edu-schweiz.ch

Worte des Monats

«Ich finde Twitter ausgesprochen schädlich für die Demokratie, weil es alle verführt, ganz schnell und pointiert etwas zu sagen, bevor man nachgedacht hat.»

Gesine Schwan, Politikwissenschaftlerin und SPD-Politikerin

«Geduld und Humor sind zwei Kamele, mit denen du durch jede Wüste kommst.»

Arabisches Sprichwort



Bern, 20. Juni: Solidaritäts-Anlass der Israel-Werke Schweiz

«Recht und Gerechtigkeit garantieren Frieden. – Israel ist nicht zuletzt auch ein Beweis für Gottes Handeln in dieser Welt.»

a. EDU-Grossrat Marc Früh

«Wessen Fahne du hebst, dessen Werte du trägst! – Wer andere «auslöschen» will, wird nie etwas zu einem Frieden beitragen.»

EDU-Nationalrat Andy Gafner

Zäme fürs Läbe

11. Marsch fürs Läbe



Inputs zum Thema
«jung, schwanger, hilflos?»

👶 🍷 🛒 ? 🤔 🗣️ 🤝

MARSCH FÜR'S LÄBE
MARCHÉ POUR LA VIE
MARCIA PER LA VITA

Infos unter:
www.marschfuerslaebe.ch

18. Sept. 2021
Zürich

➔ siehe auch Beitrag auf Seite 19

Glaubenshelden



«Die Bibel legt sich selber aus», sagte einer meiner früheren Weggefährten oft. Stehe ich mir nicht oft selber im Weg? frage ich mich viele Jahre später. Wie stark hindern Prägungen, Meinungen anderer und eigene fixe Standpunkte das «Wort», direkt zu mir reden zu können?

Im Zusammenhang mit der Diskussion von Reizthemen fragt sich, was unsere Einstellung prägt. Zeitgeist, Mainstream, gutgemeinte Toleranz überlagern sehr oft «klare» Aussagen der Heiligen Schrift. Ich erinnere mich an die «Glaubenshelden» (vgl. Hebräer 11; lesenswert!). Was oder wer gab ihnen Mut, für Überzeugungen hinzustehen, sogar Schmähung und Verfolgung zu riskieren? Selten wurde eine Abstimmungsvorlage von kirchlicher Seite so massiv unterstützt wie letztes Jahr die Konzernverantwortungsinitiative. Auch Freikirchler lächelten vor dem orangen Wimpel in die Kamera. Ich frage mich: Wie viel Mut braucht das? – Neuerdings gelten Geimpfte als «Helden». Wie mutig sind Sticker mit der Aufschrift «Ich lasse mich impfen» wirklich (so das Statement eines prominenten Freikirchlers)? Scheint es nur, oder löst «geimpft, genesen, getestet» das frühere Bekenntnis «bekehrt, wiedergeboren, getauft» ab? Dass hier Fragen aufkommen, kann ich nachvollziehen. (Auf meinem Grabstein darf ruhig einmal mehr stehen als «... und er war geimpft».) «Glaubensmut» dürfte auch bei der Abstimmung über «Ehe für alle» am 26. September gefragt sein. Unser Fotowettbewerb «Familie fägt» (S. 2) ist ein sympathischer Ausdruck für eine Überzeugung, die sich am Kindeswohl orientiert. Von ihnen spricht man aktuell vor allem im Zusammenhang mit der eigenständigen Entscheidung übers Impfen – unabhängig der Meinung ihrer Eltern (S. 12). Auch das ein Ausdruck des Zeitgeists? Der Beitrag einer vierfachen Mutter (S. 7) stimmt nachdenklich und ist gleichzeitig ermutigend.

Mit den besten Wünschen
Ihr Thomas Feuz

40 Jahre «Standpunkt»

«FETA könnte Pfarrermangel lindern»: Das EDU-Publikationsorgan sprach auch in der 7. Ausgabe Klartext. Angesichts der heutigen Situation erinnert der Leitartikel der Schlussredaktorin an ein Déjà-vu. Eine Analogie zu den möglichen **wirtschaftlichen Folgen** der heutigen ausufernden Pandemiepolitik stellt der Kasten-text her: «Die Schweizer Wirtschaft in der Krise.» Mit guten Ratschlägen sei niemandem geholfen; gefragt sei finanzielle Unterstützung, was selbst Einzelnen möglich sei. «Dafür wollen wir dankbar sein.»

Fast drei Seiten waren **kantonalen Abstimmungen in Zürich und Bern und Wahlen** vorbehalten: Bildungsgesetzgebung, Energiehaushalt, Spitalneubauten, Treibstoffzölle sowie die Kantonsratswahlen in Zürich und die Vorbereitung der Nationalratswahlen. Unter dem Aspekt «Führung statt Verführung» stellte die EDU Kanton Zürich ihre **Petition «gegen die Einführung eines Sexualunterrichtes an den Zürcher Schulen»** vor. Angesichts der «internationalen Verschuldung gigantischen Ausmasses» wies der Autor auf einen möglichen finanziellen Kollaps

«wie in den dreissiger Jahren» hin. Theologischen Themen widmeten sich die Seiten 4, 6 und 7: ein Interview mit dem Gründer und Rektor der 1970 gegründeten **FETA in Riehen-Basel**, Prof. Dr. theol. Samuel R. Külling, sowie zwei Porträts des Missionswerks **Action Biblique** (inkl. «Bibelauto») und des Grossanlasses Mission 83. In der Rubrik «Zum Bedenken» erinnerte Werner Sidler an die Wichtigkeit des Gebets («Talfahrt muss aufgehalten werden»).

«Auch wenn Sie bereits verschiedene Zeitschriften mit zum Teil ähnlichen Inhalten erhalten, so ist doch der «EDU-Standpunkt» in seiner Art einmalig.» In einem Aufruf dankten Verlag und Redaktion für die **Unterstützung und Bekanntmachung** des neuen Parteiorgans in der Schweiz.

Unübersehbar war der Aufruf für das **Jahresabonnement: 10 Franken für 4 Ausgaben jährlich**. Zum Vergleich: Heute beträgt der Abopreis bescheidene 30 Franken für 11 Ausgaben, bei deutlich höheren Produktionskosten...

Eine schöne **Vision von Werte-orientierter Politik** schilderte eine Lesebriefschreiberin aus Bern: «Das Gute nach Kräften zu fördern und es vor der Zerstörung durch das Böse zu schützen, ist eine Daueraufgabe.» (tf) ●





Israel zwischen Segen und Fluch

Benjamin Netanyahu hat sowohl vor als auch nach den vierten Parlamentswahlen innert zwei Jahren alle Register gezogen, um an der Macht bleiben zu können. Nun hat aber ein fragiles Zweckbündnis gegen den Langzeit-Premier, das so «bunt» zusammengewürfelt, aber auch so gespalten ist wie Israels Gesellschaft, das Zepter von «König Bibi» übernommen.

Eveline Rytz

Als ob die komplizierte Regierungsbildung nach den Wahlen im März nicht genug gewesen wäre, wurde Israel im Mai von einem Raketenbeschuss neuen Ausmasses und von bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen vollkommen überrascht.

Nach der von Premier Netanyahu generalstabsmässig inszenierten Corona-Impfkampagne wurde der Judenstaat selbst in säkularen Medien gelobt. Hat Gottes auserwähltes Volk auf der Suche nach Freiheit einmal mehr auf einen falschen Gott gesetzt? Kurz nach ersten Öffnungsschritten nach den einschränkenden Lockdowns kamen Tod und Verderben über das Land, beginnend mit einer der grössten zivilen Katastrophe am Gedenktag Lag ba'Omer.

Omer: Ga(r)ben zählen

Die 50 Tage zwischen den Frühlingsfesten Pessach (Erlösung) und Shavuot (Erfüllung) ist auch die Zeit zwischen der Gersten- und Weizenernte. Die ehemals traditionell ernste Zeit ohne Hochzeiten/Feste wird an Lag ba'Omer unterbrochen, da der 33. Tag nach der Zerstörung des 2. Tempels durch die Römer und ihr Verbot, die Torah zu studieren, zu einem Tag des geistlichen Widerstands wurde. Der legendäre Rabbi Akiva lehrte trotz des Verbots weiter seine Schüler, da er erkannte, dass das jüdische Volk ohne Torah nicht überleben würde. Zudem sollen ebenfalls während des Fests der Wochen 24 000 seiner Jünger durch eine Plage dahingerafft worden sein, welche am 33. Tag plötzlich aufhörte. Rabbi Akiva war es denn auch, welcher in Simon Bar Kochba, der den jüdischen Aufstand gegen die Römer anführte, den vom römischen Joch befreienden, sehlichst erwarteten Messias sah. Auch Rabbi Shim'on ben Yohai, ein Schüler Akivas, studierte und unterrichtete die Torah weiter. Gemäss orthodoxem Judentum soll er am Tag seines Todes den von ihm verfassten Sohar, die mystischen, ja okkulten Schriften der Kabbalah, weitergegeben haben. Deshalb pilgern an Lag ba'Omer Tausende orthodoxe Anhänger zu seinem Grab in Meron. Dieses Jahr kam es dort zu einer Massenpanik mit über 40 Toten und vielen Verletzten. Weltweit zünden orthodoxe Juden an diesem Tag Feuer an und feiern tanzend – ein Spiel mit dem Feuer?

Feuer vom Himmel

Nur wenige Tage später versank Israel in einem Hagel von Raketen aus dem Gaza-Streifen, wobei einige auch Eilat, Tel Aviv und die Gegend um Jerusalem erreichten. Das bewährte Verteidigungssystem Iron Dome («Eiserne Kuppel») war zeitweise wegen der hohen Frequenz von Raketen überfordert. Die Hamas scheute auch nicht davor zurück, Sprengstoff mittels Drohnen auf dicht besiedelte Gebiete abzuwerfen.

Wurde die Corona-Impfkampagne auch wegen eines befürchteten Angriffs des Irans so schnell durchgepeitscht, geschah dieser nun indirekt durch die vom Iran finanziell unterstützte Terrororganisation Hamas. Noch schockierender waren die gewalttätigen Auseinandersetzungen in arabisch-jüdischen Städten mit bürgerkriegsähnlichen Formen. Mehrere Synagogen standen in Flammen. War die Politik infolge fortwährender Querelen zu sehr mit sich beschäftigt?

Israel braucht Gebet

Als Netanyahus Koalitionsbemühungen scheiterten, erhielt der liberale Oppositionsführer Jair Lapid von Yesch Atid («Es gibt eine Zukunft») 28 Tage Zeit, eine Regierung zu bilden. Dem eloquenten ehemaligen TV-Journalisten gelang die Quadratur des Kreises, indem er acht Parteien von sehr rechts bis links, darunter die von Netanyahu umworbene arabisch-islamische Raam-Partei, an einen Tisch brachte. Nach einer erneuten Absage von Naftali Bennett (Jamina) liess wohl das von Lapid offerierte Zuckerchen, dass Bennett in einem Rotationsverfahren für zwei Jahre Premierminister wird, diesen der Siedlerbewegung nahestehenden orthodoxen Unternehmer nach der Macht greifen.

Nebst erheblichen aussenpolitischen Herausforderungen wird die neue «Koalition des Wandels» auch innenpolitisch gefordert sein. Ex-Premier Netanyahu, nun in der Rolle des Oppositionsführers, dürfte nichts unversucht lassen, das heterogene neue Antibündnis zu Fall zu bringen. ●

Covid-Zertifikat: droht eine Zweiklassengesellschaft?

Der Nationalrat zeigt sich stur und begibt sich auf heikles Terrain: Er stimmte in der Sommersession für ein Covid-Zertifikat, das Nichtgeimpfte in ihren Grundrechten spürbar einschränkt und den Druck zu Impfungen massiv erhöht. Statt von Diskriminierung spricht der Bundesrat neuerdings von «Ungleichbehandlung». EDU-Nationalrat Andreas Gafner leistete als einer der Wortführer der Minderheit Widerstand – leider vergeblich.



Anian Liebrand, politischer Mitarbeiter EDU Schweiz

Andy Gafner sieht durch die Erweiterungen des Covid-Gesetzes die Rechtsgleichheit nach Artikel 8 der Bundesverfassung bedroht. Zu Recht! Denn indem an die Allgemeinheit gerichtete Dienstleistungen, wie der Besuch von Bars, Restaurants oder Veranstaltungen, an Bedingungen geknüpft werden, befindet sich die Schweiz unweigerlich auf dem Weg in eine Zweiklassengesellschaft.

Stempel als «Sündenböcke»

Das Ausland zeigt, welche unwürdige Entwicklung uns bevorsteht. Als ich kürzlich einen Tagesausflug nach Deutschland unternahm, musste ich hautnah miterleben, dass aus Restaurants fortgeschickt wird, wer sich nicht schriftlich als «geimpft», «genesen» oder «negativ getestet» ausweisen kann. Nicht-Geimpfte werden wie Aussätzige behandelt!

Auch wenn der Bund betont, Impfungen würden weiterhin freiwillig bleiben, liegt es auf der Hand, dass das Covid-Zertifikat einem indirekten Impfwang gleichkommt. Leider werden

sich viele unserer Mitbürger dem Druck beugen und sich nur deswegen impfen, weil man «das ganze Theater» nicht mitmachen und wieder in Ruhe gelassen werden will.

Wir alle kennen diese Stimmen aus unserem Umfeld, wenn die wahren Impfgründe zur Sprache kommen. Geradezu perfid ist in diesem Zusammenhang die Androhung von Politikern, dass die Maskenpflicht bald nur noch für Nicht-Geimpfte gelten soll. So schürt man Zwiespalt in der Bevölkerung, indem Nicht-Geimpfte indirekt als Sündenböcke für die Aufrechterhaltung der Zwangsmassnahmen verantwortlich gemacht werden.

Erfolglos rief Andy Gafner im Nationalrat in Erinnerung, dass die vorliegenden Impfstoffe nicht unumstritten seien: «Es gilt hier auch einmal zu sagen, dass es auch gute Gründe gibt, sich nicht impfen zu lassen.» Leider wurde sein Antrag, dass «niemand wegen einer nicht durchgeführten Covid-19-Impfung diskriminiert werden darf», nur von der SVP unterstützt. Bemerkenswert ist insbesondere die ignorante Haltung der politischen Linken, die sich sonst bei jeder Gelegenheit als Hüter der Grundrechte aufspielt.

Diskriminiert – oder nur «ungleich behandelt»?

In weiser Voraussicht reichte Andy Gafner bereits im März einen Vorstoss ein, mit dem er vom Bundesrat wissen wollte, wie sich das Covid-Zertifikat mit dem Diskriminierungsverbot vereinbaren liesse. Die Antwort – typisch bürokratisches «Orwell-Neusprech» – ist vielsagend: «Bei den Unterscheidungen zwischen Personen mit und ohne Covid-Zertifikat handelt es sich um Ungleichbehandlungen und nicht um Diskriminierungen.»

Wir leben wahrlich in herausfordernden Zeiten. Die EDU bleibt am Ball und prüft, welche Schritte gegen die Einführung einer Zweiklassengesellschaft angebracht sind. ●



Warum sind viele Christen gegen «Ehe für alle»?

Die EDU ist überzeugt, dass traditionelle Familien ihre Berechtigung haben. Sie will den bisherigen, bewährten Ehebegriff – Vater, Mutter, Kind/er – schützen. Darum hat sie letztes Jahr das Referendum gegen die vom Parlament verabschiedete «Ehe für alle» ergriffen.



Markus Reichenbach, Fachlehrer, Präsident EDU Seeland

Um es gleich vorwegzunehmen: Wir verurteilen Andersdenkende nicht. Aber wir möchten gerne erklären, warum viele Christen gegen «Ehe für alle» sind.

Warum das Referendum?

Wir sind überzeugt, dass Familien das Rückgrat unserer Gesellschaft sind. Jede Gesellschaft braucht Richtlinien und Gesetze. Das bringt Sicherheit, Stabilität und Identität – politisch gesprochen: Rechtssicherheit. Nun soll diese Sicherheit abgeschafft werden.

Was seit Jahrtausenden klar war, soll plötzlich nicht mehr als gesichert gelten. Gerade im zwischenmenschlichen Kontext wird sichtbar, dass viele zunehmend die Orientierung und Identität verlieren. Die ständige Frage im Kopf, was wohl «wahr» und was «falsch» ist, lässt viele taumeln. Die EDU hätte das Referendum wohl auch ergriffen, wenn die Samenspende für lesbische Paare nicht geöffnet würde. Da nun auch Kinder betroffen sind, sehen wir es als unsere Pflicht an, uns zu engagieren. Wir wollen nicht, dass Kinder ihrer Identität und Wurzeln beraubt werden.



Pro traditionelles Eheverständnis

Christen glauben an einen Schöpfergott. Dieser hatte sich dazu entschlossen, ein Ebenbild seiner selbst zu schaffen. Dieses Ebenbild sind Mann und Frau. Wenn ein Mann und eine Frau sich versprechen, ein Leben lang zusammenzubleiben, entspricht ihre Beziehung dem sichtbar werdenden Abbild ihres Schöpfers.

Unser Schöpfer ist ein dreieiniger Gott: Vater, Sohn und Heiliger Geist. Diese sind einander auf ewig treu. Sie können sich zu 100 % aufeinander verlassen. Sie werden niemals belogen, betrogen oder getäuscht. Diese perfekte Harmonie drückt sich in der Ehe und in einer Familie von Frau, Mann und Kindern am besten aus.

Wenn Männer Männer heiraten, wird diese Perfektion verdreht. Natürlich können sich Männer gegenseitig treu sein. Es fehlt aber der weibliche Teil Gottes. Darum kann eine solche Gemeinschaft nicht die Fülle der harmonischen Ordnung darstellen. Das ist der Grund, warum sich Christen gegen eine Änderung des Familienverständnisses wenden. Ihre Meinung richtet sich nicht gegen Andersdenkende, sondern gegen eine neue Definition des Verständnisses von Vollkommenheit.

Nein am 26. September!

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist wichtig. Homosexuelle Paare haben ihre Wünsche artikuliert; mit der eingetragenen Partnerschaft ist der Gesetzgeber ihnen entgegengekommen. Seither sind weitere Forderungen laut geworden. Wir lehnen Diskriminierung und Gewalt ab. Aber wir setzen uns dafür ein, dass das Konzept von Ehe und Familie als christliches Erbe erhalten bleibt, weil es der perfekten Harmonie der Schöpfung am besten entspricht. Die «Ehe für alle» und die Samenspende für lesbische Paare sollen daher nicht gesetzlich verankert werden. Darum sagen wir überzeugt Nein zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches. ●

➔ Jetzt aktiv werden und die Kampagne unterstützen: www.ehefueralle-nein.ch



Gender Mainstreaming will Identitätsstörungen nutzen

Inzwischen herrscht Einigkeit: «Kindern der Landstrasse» oder Verdingkindern wurde grosses Unrecht angetan. Könnte es sein, dass aus Gründen der «Political Correctness» ein neues Verbrechen an jungen Menschen begangen wird?



Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Im letzten Jahrzehnt haben in Schweden die Identitätsstörungen insbesondere bei Teenager-Mädchen um 1500 Prozent zugenommen. Unter Politikern gibt es vermehrt kritische Stimmen zum Gesetzesprojekt, das den Geschlechtswechsel ohne elterliche Zustimmung ab 15 Jahren statt wie bisher ab 18 Jahren erlauben soll. Gleichzeitig steigt die Zahl junger Menschen, die den Geschlechtswechsel bereuen.

Forcierter Gender-Trend

Die Psychologin Barbara Beckenbauer spricht von einem globalen Trend zu Transgender («Weltwoche»/7.1.2021). So meldete die Tavistock-Klinik in London – eine auf minderjährige Transgender spezialisierte Klinik – im Jahr 2008 bei den Mädchen 30 Fälle und zehn Jahre später bereits 1700 Betroffene. Die Bestrebungen gehen dahin, das Geschlecht als etwas Fluides ohne Zusammenhang zu biologischen Merkmalen zu verstehen. Was demnach zählt, ist das gefühlte Geschlecht jenseits von Diagnosen. Entsprechende Äusserungen selbst von Kindern müssten ernst genommen werden. Für Pubertätsblocker und Hormonersatztherapien vor dem 14. Lebensjahr solle es weder eine längere psychiatrische Abklärung noch eine Psychotherapie brauchen, lautet eine der Forderungen.

Barbara Beckenbauer erinnert daran, dass man sich bei hormonellen und körperlichen Veränderungen zwangsläufig verunsichert und fremd

im eigenen Körper fühlt. In einem mehrjährigen Reifungsprozess gelte es, ein kongruentes Selbstbewusstsein gegenüber dem eigenen Körper zu entwickeln.

Deshalb ist es wichtig, dass man Kindern und Jugendlichen hilft, Unwohlsein, ein vermeintliches Gefühl, im falschen Körper zu sein, zu ertragen und sich mit sich selbst anzufreunden. Zudem gibt es eine grosse Bandbreite verschiedenster Ausprägungen unter Männern wie Frauen, ohne dass man deswegen gleich nicht mehr ein «richtiger» Mann oder eine «richtige» Frau ist. Dies darf auch als Ausdruck der grandiosen Kreativität unseres Schöpfers verstanden werden.

Falsches Heilsversprechen

Leider werden wider wissenschaftliche Erkenntnisse Kinder und Jugendliche vorschnell in ihren Fremdheitsgefühlen und Spannungen belassen und daraus «Transgender» konstruiert. Mit Pubertätsblockern und Hormonersatztherapien wird ihre natürliche Entwicklung verhindert und ihr Körper operativ verstümmelt.

Erschreckend dabei: Die Massnahmen erfolgen mit dem vermeintlich hehren Ziel, die Heranwachsenden in ihren Gefühlen ernst zu nehmen. In Tat und Wahrheit werden Betroffene in ihrer Krise alleingelassen, die Versöhnung mit dem eigenen Körper und dem Geschlecht verunmöglicht. Das ist die eigentliche Tragödie. ●



Für ein gutes Nebeneinander von Staat und Kirchen

Ein neuer Begriff macht von sich reden: «Zivilreligion». Was ist damit gemeint? Und ist es berechtigt, wenn gewisse Analogien zu Aussagen im Buch der Offenbarung entstehen?

Dr. Karin Hirschi, Mitglied der Redaktion

Herr Felber: Wie definieren Sie Zivilreligion?

Zivilreligion zielt darauf, alles Denken, Glauben und Handeln dem *Ziel einer harmonisch funktionierenden und fortschrittlichen Welt* unterzuordnen, und zwar *unter staatlicher Lenkung*. Dieses Ziel ist für manche so faszinierend, dass sich damit auch die erheblichen Verluste der Eigenarten von Staat und Kirche rechtfertigen lassen. Kommt es aber zu einem Abschleifen dieser Eigenarten (siehe Kasten), so verlieren wir die älteste und wichtigste Voraussetzung unserer Freiheit: das Neben-, Mit- und eben auch Gegeneinander von Kirche und Staat. Zivilreligion lässt Kirche und Staat ineinander aufgehen.

Können Sie Beispiele nennen?

Sehr viele sogar! 2019 erklärte der damalige Kirchenbundpräsident Gottfried Locher den Vorrang des Staates vor der Kirche bei der Definition von Ehe («Tages-Anzeiger»/16.8.2019):

Frage: «Also sagen Sie Ja zur Ehe für alle?» Antwort: «Wir haben das bewährte System, dass der Staat die Ehe definiert, die wir reformierterseits mit dem Segen Gottes ausstatten. Dieses System müssen wir beibehalten. Wenn sich der Staat zur gleichgeschlechtlichen Ehe hin öffnet, sehe ich keinen Grund, warum wir ihm nicht folgen sollten.»

... Anschlussfrage: Stichwort «Ehe für alle»?

Sollte der Staat, einer neuen gesellschaftlichen Mehrheitsmeinung folgend, auch eine Dreier- oder Viererbeziehung als «Ehe» definieren, was würden die liberalen Kirchen dann tun? Der Weg ist vorge-

zeichnet! Bereits jetzt diskutiert man in der EKD (Evangelische Kirche Deutschlands), ob es hier nicht Möglichkeiten gibt: «Ich bin doch zu schade für eine_n allein...» heisst es auf der Webseite einer Kirchgemeinde. Jedenfalls liegt beim früheren Repräsentanten der zweitgrössten Schweizer Kirche der an Rousseau erinnernde Grundgedanke vor: Staat oder Gesellschaft definieren, was Ehe ist – und die Kirche segnet, was juristisch kodifiziert vorliegt. Sie ist damit im alttestamentlich negativen Sinne «Landeskirche»: Volk des Landes, Kirche von unten, statt gegründet auf die Offenbarung durch Propheten und Apostel. Aus ihrem Gottesbegriff, aus ihrer Bibellektüre folgt keine materiale Ethik mehr. Sie pflegt einen praktischen Atheismus und stellt für den Staat kein festes, weil in Gott gegründetes Gegenüber mehr dar.

Das klingt erschreckend! Was folgt daraus für den Staat?

Der Staat wird zum ethischen Selbstversorger. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn in der Corona-Krise festgestellt wurde, die Kirchen seien «nicht systemrelevant». Und es braucht uns nicht zu wundern, warum die politischen Auseinandersetzungen härter werden; sie nehmen unter den Vorzeichen einer «Hypermoral» selbst quasi-religiöse Züge an.

Sie sprachen von weiteren Beispielen.

Pastor Olaf Latzel bekam in der Bremischen Landeskirche gehörigen Ärger, weil er sich nach Schmierereien und Sachbeschädigungen über

«DA ERSTAUNT ES NICHT, WENN KIRCHEN PLÖTZLICH NICHT MEHR <SYSTEMRELEVANT> SIND.»

die «Verbrecher vom Christopher-Street-Day» äusserte. Als sich die Staatsanwaltschaft einschaltete und Latzel wegen «Volksverhetzung» anklagte, wurde dieser beurlaubt. Seine Kirchenleitung erklärte, sie wolle das staatliche Verfahren abwarten und erst daraufhin tätig werden. So geschah es dann auch.

Was passiert, wenn die Kirche ihre Grenzen überschreitet?

Unser heutiges Problem ist, dass die Kirche ihre Grenzen zu eng zieht (vgl. Kasten unten): Sie greift nach den Früchten des Evangeliums (z.B. ein gutes Miteinander) – aber das, was an Gottes Gesetz und Evangelium speziell ist, wird verschwiegen. Damit fehlt der Kirche die entscheidende Bestimmtheit und Gewissheit, mit dem ihr Zeugnis auf den Kanzeln, in den Medien und von jedem Einzelnen am Arbeitsplatz oder im privaten Umfeld ausgehen sollte.

Was passiert, wenn der Staat seine Grenzen überschreitet?

Er verliert bei Gott seine Legitimität. Jede Obrigkeit wird einmal wegen ihrer Verfehlungen abgesetzt. So warten

bekennende Christen auf den einen gerechten und weisen König, dessen Reich ewig ist (vgl. Daniel Kapitel 2-4; Jesaja 9,5f.; Lukas 1,32f.). Während der sogenannten Corona-Krise haben Staaten mit Gottesdienst- und/oder Singverboten tief in den geistlichen Bereich der Kirchen hineinregiert. Viele Kirchen haben willig ihre Pforten geschlossen, um die staatliche Gesundheitspolitik zu unterstützen. Damit haben allerdings beide ihre Kompetenzen und Grenzen überschritten: Der Staat durch Vorschriften im Gebiet der heiligen Liturgie, worin er gar keine Kompetenz und kein Mandat hat (vgl. 1. Korinther 6), die Kirche durch unkritische Hinnahme und damit durch Selbsteinordnung und Selbstunterordnung gerade an der zentralen Stelle, wo sie unbedingt frei bleiben müsste: im Gottesdienst.

Herrschaft von Zivilreligion lässt die Kirche zur «geistlichen Hure» implodieren und den Staat zum Weltanschauungsstaat explodieren. Politik, Religion und Ideologie werden ununterscheid-

Einzelne Aspekte von Zivilreligion		
	Staat	Kirche
Vorgang	Politisches gewinnt religiöse Dimensionen: Sakralisierung des Profanen	Politisierung bzw. Utilitarisierung – vom Transzendenten zum Nützlichen: Profanisierung des Sakralen
Inhalte	Einheit der Menschheit, Friede Gleichheit der Menschen (Inklusion, Gleichberechtigung, Geschlechtergleichheit) Umwelt-/ Klimaschutz Gesundheitspolitik	analog linke Spalte
Ziele	Sicherung des gesellschaftlichen und globalen Zusammenhalts Sicherung der Autorität von Institutionen, Gesetzen und der Staatsform	Sicherung des gesellschaftlichen, globalen und ökumenischen Zusammenhalts Relevanznachweis gegenüber säkularer Umgebung, Akzeptanzgewinn



Zur Person

Stefan Felber, Dr. theol., geboren 1967 in Kulmbach (D), verheiratet, drei Kinder. Ordination 2000, Dozent für Altes Testament am Theologischen Seminar St. Chrischona, seit 2016 Gastdozent an der STH Basel, designerter Leiter des Gemeindehilfsbundes in Deutschland.
www.stefan-felber.ch

Publikationen: Zuletzt «Das Gesetz der Freiheit. 11 Predigten zu den 10 Geboten», 172 Seiten, Freimund-Verlag, Neuendettelsau 2020.
Neuerscheinung: «Kein König ausser dem Kaiser? Warum Kirche und Staat durch Zivilreligion ihr Wesen verlieren», ca. 200 Seiten, Freimund-Verlag, Neuendettelsau.

bar (Extrembeispiele: Islam und Kommunismus). So sind die Handlungen ihrer Vertreter zu beurteilen, wenn sie das von Gott als gut vorgegebene Gute nicht mehr gut, das Böse nicht mehr böse nennen, sondern die Bösen belohnen und die Guten bestrafen (vgl. Jesaja 5,20 vs. Römer 13,3f.). Ich erinnere beispielhaft an die Bereiche Abtreibung, assistierter Suizid, Sexualethik, Eigentumsrecht, das Wahrheitsgebot. Mein persönliches Fazit: Zorn und Gericht Gottes werden dadurch geradezu herbeigerufen!

Wann soll oder darf sich ein Christ dem Staat nicht mehr unterordnen?

«Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen» (vgl. Römer 13,8-14). Massstab ist der Dekalog beziehungsweise die Liebe, die sich an den Geboten orientiert.

Was wäre Ihrer Meinung nach das «Gebot der Stunde»?

Konkret: Staatliche Eingriffe in Liturgie und Verkündigung (etwa betreffend sogenannten Reizthemen) dürfen nicht hingenommen werden.

Allgemein: Die Kirchen müssen entschlossen die göttlichen Gebote als Massstab eines gelingenden Lebens auch für Nichtchristen weitergeben. An den Geboten ist der gute Wille des Schöpfers zu erkennen, und nur an ihnen wird unsere Sünde und Erlösungsbedürftigkeit aufgedeckt. Wehe einer Kirche, die meint, nur noch das Evangelium sagen zu sollen, nicht mehr das Gesetz! Wer das Gesetz verdeckt hält, verliert auch das Evangelium und damit die Seligkeit. ●

In der harten Realität der Mehrheitsverhältnisse

Die Sommersession startete am 31. Mai und die Traktandenliste war wie immer reich befrachtet. Gerne gebe ich Ihnen einen kurzen Einblick in das Geschehen unter der Bundeshauskuppel.

EDU-Nationalrat Andreas Gafner



Die Stimmung war angespannt, fand doch während der Session die richtungsweisende Volksabstimmung vom 13. Juni statt. Wenn die ländliche Bevölkerung auch bei Wahlen in diesem Ausmass an die Urne ginge, wäre ich wohl bald nicht mehr der einzige Nationalrat der EDU!

Auch wenn die **AHV-Revision** nicht der nötige grosse Wurf geworden ist, ist doch die Angleichung des Frauenrentenalters ein Schritt in die richtige Richtung. Die eingesparten Mittel werden zum grossen Teil für Ausgleichszahlungen für Frauen gebraucht. Es braucht zusätzliche Mittel, etwa mittels höherer Mehrwertsteuer und Zuweisung von Nationalbank-Gewinnen. Der Ständerat wird im Herbst beschliessen. Trotzdem: Es braucht eine echte Reform und nicht nur Kosmetik.

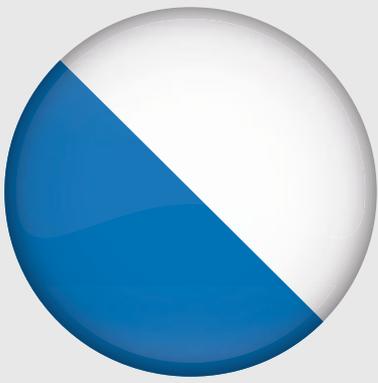
Der Nationalrat hat der **Armeebotschaft 2021** zugestimmt. Als grösster Immobilienbesitzer im Land will das VBS bei Sanierungen den Minergie-Standard anwenden und mit gutem Beispiel vorangehen. Der Rat stimmte der Erhöhung des Solds für Armeeangehörige (seit 1987 nie angepasst) zu, womit auch eine Wertschätzung ausgedrückt wird. Mit 1 Stimme Differenz (!) wurde das Postulat ab-

gelehnt, den administrativen Aufwand auf Stufe Kompanie ausserdienstlich zu reduzieren; das Postulat zur Schaffung einer Vertrauensstelle (Sexismus und Mobbing) wurde deutlich abgelehnt.

Kurz vor der Session hatte der Bundesrat das **Rahmenabkommen mit der EU** beerdigt. Dazu fand eine kurze Sonderdebatte statt. Bundespräsident Guy Parmelin und Aussenminister Ignazio Cassis haben die Bedenken im Volk wahrgenommen und verdienen grosses Lob.

Erneut gab es einige Änderungen im **Covid-19-Gesetz** zu beraten. Der viel diskutierte Artikel, ob Geimpfte, Genesene und Getestete Privilegien erhalten sollen, wurde nach einigem Hin und Her gestrichen. Die Anträge der WBK (vgl. auch Seite 13) betreffend Lockerungen und Wahrung der Rechtsgleichheit wurden alle abgelehnt. Nach dem positiven Ausgang am 13. Juni sind wir betreffend **Landwirtschaft** wieder in der harten Realität der Mehrheitsverhältnisse gelandet. FDP und grosse Teile der Mitte sind diesbezüglich unzuverlässige Partner geworden.

Für mich **persönlich** war es eine sehr abwechslungsreiche und spannende Session. Ich konnte zahlreiche gute Gespräche führen und habe meine erste Motion, breit abgestützt, eingereicht. ●



KANTON ZÜRICH

Wort des Präsidenten



Hans Egli
EDU-Kantonsrat und Parteipräsident, Steinmaur

Unsere Privilegien stützen sich auf unsere christlichen Wurzeln

Heute sagte mir eine Frau, die im kommunistischen Rumänien aufgewachsen und nun hier verheiratet ist, wie paradiesisch die Schweiz ist. Das privilegierte Leben in der Schweiz hat viel mit unseren christlichen Wurzeln zu tun. Den Bund auf dem Rütli, das Schweizerkreuz im Wappen, die Präambel in der Bundesverfassung «Im Namen Gottes des Allmächtigen», das Rote

Kreuz usw. Diese Verbundenheit und Treue zu Gott sind der Schweiz zum Segen geworden. Die EDU wird auch in Zukunft Gottes Wort und nicht den Menschen ins Zentrum der Politik stellen. Gottes Wort ist unsere Richtschnur für das persönliche wie auch das politische Leben und bietet die Gewähr für weise Entscheidungen. ●

ZKB soll Sponsoring offenlegen

EDU-Kantonsrat Thomas Lamprecht hat der Zürcher Kantonalbank (ZKB) namens der SVP/EDU-Fraktion ein gutes Zeugnis für ihre Geschäftstätigkeit 2020 ausgestellt. Allerdings kritisiert die Fraktion das Sponsoring-Engagement zugunsten der Gender-Lobby für LGBT-Organisationen.



Thomas Lamprecht
EDU-Kantonsrat, Bassersdorf

«Wenn die ZKB so nach aussen wirkt, wird es politisch, da man für oder gegen solche Organisationen sein kann. Dies ist aber nicht Aufgabe einer Bank wie der ZKB. Dann steht bald nicht mehr der Mensch – unser Gegenüber – im Mittelpunkt, sondern das politische Programm der Gender- und LGBT-Ideologie. Denn es pflegen sowohl progressive wie konservative Kreise Geschäftsbeziehungen zur ZKB. Dieses Verhalten und die einseitigen Bekenntnisse unserer Kantonalbank wirken nicht nur parteiisch, sondern auch diskriminierend.»

Vor diesem Hintergrund stellen EDU-Kantonsrat Erich Vontobel sowie die SVP-Kantonsräte René Isler und Maria Rita Marty der ZKB u. a. folgende Fragen:

- Sponsoringpartner müssen, wenn ihre Projekte von der ZKB unterstützt werden sollen, ethische Grundsätze einhalten. Bitte um Auflistung der aktuell geltenden und massgebenden Grundsätze.
- Gemäss ZKB-Webseite werden keine Einzelveranstaltungen wie beispielsweise Festivals unterstützt. Das scheint so nicht ganz zu stimmen. Die ZKB unterstützt zum Beispiel das jährlich stattfindende «Zurich Pride Festival». Weshalb diese Ausnahme?
- Gemäss ZKB-Webseite werden keine politischen Aktivitäten unterstützt. Auch dies scheint so nicht ganz zu stimmen. Wie begründet die ZKB ihr Engagement am diesjährigen «Zurich Pride Festival», welches explizit für die «Ehe für alle» wirbt, über die am 26. September 2021 abgestimmt wird? ●



Diskriminierende Besuchsregeln der Zürcher Reha-Zentren



Erich Vontobel
EDU-Kantonsrat,
Wolfhausen

Nur wer vollständig geimpft ist, dürfen Patientinnen und Patienten in den Zürcher Reha-Zentren besuchen, teilten diese am Montag, dem 17. Mai 2021 mit. Nach Kritik von EDU, SVP und FDP krebsten die Verantwortlichen am Mittwoch zurück. Neu darf auch zu Besuch kommen, wer einen negativen PCR-Test vorweisen kann.



Erika Zahler
SVP-Kantonsrätin,
Boppelsen

Wer die Webseite der Zürcher Reha Zentren (zhreha.ch) aufgerufen hat, dem wurde eine unübersehbare Meldung mit einem Link zur COVID-19-Besuchsregelung eingeblendet. Dort steht unter anderem wörtlich: «Nur vollständig geimpfte Besuchspersonen sind zugelassen, welche dennoch der Maskenpflicht und den allgemeinen Hygieneregeln unterstehen.» Damit wurde – so die drei Kantonsräte – eine rote Linie überschritten. Man stelle sich vor, wie es ist, wenn man Angehörige besuchen möchte, aber nicht geimpft ist und nicht geimpft werden will. Gemäss Besuchsregelung ein No-Go. Obschon Betroffene solche Besuche unter Umständen nicht nur aus psychologischen Gründen dringend brauchen. Die Zürcher Reha-Zentren haben damit einen versteckten Impfwang eingeführt, der so nicht hinnehmbar ist. Darum bitten die drei Volksvertreter unsere Regierung um die Beantwortung einiger Fragen:



Martin Huber
FDP-Kantonsrat,
Neftenbach

- Wie stellt sich die Regierung zu dieser faktischen Impfpflicht, welche als versteckter Impfwang unschöne Erinnerungen an Apartheid aufleben lässt und das Potential hat, unsere Gesellschaft in zwei Gruppen (Privilegierte und Nichtprivilegierte) zu spalten?
- Wie stellt sich die Regierung grundsätzlich zur Problematik, Bevölkerungsgruppen aufgrund eines Gesundheitsmerkmals unterschiedlich zu behandeln, indem Grundrechte eingeschränkt werden?
- Was sind aus Sicht der Regierung Gründe, weshalb sich Geimpfte vor Nicht-Impfwilligen schützen sollten, indem Nicht-Impfwilligen die Rechte eingeschränkt werden?
- Gibt es gesicherte Daten darüber, ob Geimpfte noch angesteckt werden bzw. sie das Virus noch weiterverbreiten können?

Rasche Wirkung mit offenen Fragen

Diese Anfrage zeigte ausserhalb des Parlaments rasch Wirkung. Denn bereits zwei Tage später änderten die Reha-Zentren ihre Regeln. Seit Mittwoch werden in den Reha-Zentren Zürich, Wald und Davos auch Besucher zugelassen, welche ein negatives PCR-Testergebnis vorzeigen können, das nicht älter als 72 Stunden ist oder für das vergangene halbe Jahr eine Covid-19-Erkrankung belegen können.

Die eingereichte, aber vom Regierungsrat noch nicht beantwortete Anfrage, hält Erich Vontobel nicht für überholt, da darin noch weitere Fragen aufgeworfen werden. So soll der Regierungsrat beispielsweise darlegen, wie er sich zur grundsätzlichen Problematik stellt, «Bevölkerungsgruppen aufgrund eines Gesundheitsmerkmals unterschiedlich zu behandeln, indem Grundrechte eingeschränkt werden». ●



Kein Geld für Familien

Die Familienzulagen werden im Kanton Zürich nicht erhöht. Die Stimmberechtigten haben der massiven Propaganda der Wirtschaftsvertreter Gehör geschenkt und das Wohl der Wirtschaft über das Wohl der Familien gestellt. Der wirtschaftsstärkste Kanton bleibt bei den Familienzulagen weiterhin abgeschlagen auf Rang 20 aller Kantone und sieht trotz laufend wachsender Lebenshaltungskosten keinen Bedarf, Familien zu stärken.



Heinz Kyburz

Vizepräsident EDU Kanton Zürich
und alt Kantonsrat, Meilen

Die EDU bedankt sich im Namen des Initiativkomitees, dem auch Vertreter der EVP, SP, Grünen und der AL angehörten, bei allen Stimmbürgern und bei den Parteien, welche die Initiative unterstützt haben, für ihre familienfreundliche Haltung. Sie bedauert die einseitig finanzorientierte Haltung derjenigen Parteien, welche die Initiative bekämpft haben, wie auch die ablehnende Haltung der Zürcher Regierung.

Besonders enttäuschend war die Haltung der SVP und der CVP, weil auch sie die Familien im Regen stehen liessen und dadurch die Chance verpasst wurde, auch den Mittelstandsfamilien zu helfen, die bei Staatsbeiträgen meistens zu kurz kommen. Offenbar sind aber auch zu wenige Familien an die Urnen gegangen, um für ihre Anliegen einzustehen. Mit der Erhöhung der Familienzulagen hätten alle Familien gestärkt werden können, um deren Unabhängigkeit vom Staat möglichst zu erhalten. Nun droht das Gegenteil.

Angst statt Solidarität

Es ist ein schwacher Trost, dass die EDU mit gut 38 Prozent Ja-Stimmen einen Achtungserfolg erzielen konnte und noch etwas besser als die Mitte abschnitt, die mit ihrer Initiative «Raus aus der Prämienfalle» ebenfalls scheiterte. Die EDU ist vom System der Familienzulagen überzeugt, da diese bewährt, administrativ schlank und kostengünstig sind und deren Erhöhung wirtschaftlich gut tragbar wäre. Den Gegnern der Initiative ist es unter Mithilfe von Medien gelungen, ein Narrativ zu schaffen, das dem widerspricht und geglaubt wurde. Die



Wirtschaftsverbände konnten mit ihren Kampagnen und beträchtlichen finanziellen Mitteln wie mit Kanonen auf Spatzen schiessen. Stossend war die kategorische Weigerung aller bürgerlichen Parteien, sich für die Familien einzusetzen, und wie sich einzelne Exponenten gar vor den Karren des Gewerbeverbandes spannen liessen.

Gescheitert ist die Initiative schliesslich, weil sich das Zürcher Stimmvolk gegen die Solidarität mit den Familien ausgesprochen hat. Die Spuren der Corona-Massnahmen, wie weitverbreitete Angst, sind allgegenwärtig. So konnte die Angst vor einer minimalen Belastung der Wirtschaft in der Bevölkerung um sich greifen. Hinzu kommt, dass es in den Parteien keine wahrnehmbare Lobby für die Familien gibt und dadurch auch keine Strategie zur Stärkung der Familien verfolgt wird.

Dank

Die EDU hat die Initiative «Mehr Geld für Familien» vor bald 3 Jahren lanciert, weil es ihr ein Anliegen war, den Familien als Träger unserer Gesellschaft mehr Geld zukommen zu lassen. In den vergangenen Jahren haben sich zahlreiche Mitarbeiter für die beabsichtigte Stärkung der Familien eingesetzt. Ich danke allen herzlich, die diese Zielsetzung zum Wohl der Familien mitgetragen haben. Auch wenn das Ziel nicht erreicht werden konnte, hat die Abstimmung möglicherweise doch einige positive Wirkungen hinterlassen, auf denen weiter aufgebaut werden kann. ●



Gratulationen

«WER GOTT LIEBT, DEM
DIENT ALLES, WAS
GESCHIEHT, ZUM GUTEN.»

RÖMER 8,28

Die EDU gratuliert den Parteimitgliedern,
die im August 2021 einen runden
Geburtstag feiern.

Stefan Recher, Kloten
Karl Götte, Zumikon
Markus Kübler, Wiesendangen
Neva Siegfried, Wetzikon
Beatrice Steiner, Auslikon
Marianne Hirzel, Wetzikon



Gebetstreffen

Bülach: jeweils 2.+4. Montag des Monats, 20 Uhr:
12. und 26. Juli sowie 9. und 23. August
Gebetshaus Bülach, www.gebetshaus-zhu.ch
Winterthurerstr. 23, 8180 Bülach
Info: Markus Wäfler, 044 856 01 93

Gossau: jeden Mittwoch, 19.30 Uhr
(auch andere Abende möglich, ausser Montag)
Im Zentrum 12, 8625 Gossau
Info: Sven u. Erika Schelling, 043 928 01 57

Männedorf: jeweils am Mittwoch von 9–10 Uhr
in den geraden Kalenderwochen:
14. und 28. Juli sowie 11. und 25. August
Luegislandstr. 27, 8708 Männedorf
Info: Margrit Vetter, 044 920 45 43

Richterswil: jeweils am 2. Freitag des Monats um 20 Uhr:
9. Juli, 13. Aug., 17. Sept., 8. Okt., 12. Nov.
Glärnischstr. 6, 8805 Richterswil
Info: Sonja Denzler, 044 784 30 23

Rüti: jeweils am 1. Montag des Monats um 20 Uhr:
5. Juli, 2. Aug., 6. Sept., 4. Okt., 1. Nov.
ETG (Evangelische Täufergemeinde) Rüti,
Weinbergstrasse 22, 8630 Rüti
sekretariat-rueti-duernten@edu-zh.ch
Info: Albin Müller, 078 773 61 63

Uster: jeweils am letzten Donnerstag des Monats
26. Aug., 30. Sept., 28. Okt., 25. Nov.
Gebetshaus, Buchaldenweg 11, Uster
Info: Conny Brizza, 078 860 60 16

Zürich: jeweils am 2. Mittwoch des Monats von
18.30–19 Uhr: 14. Juli, 11. Aug., 8. Sept.
Raum der Stille, Cevi-Zentrum Glockenhof,
Sihlstr. 33, Zürich
Info: Achim Witzig, 044 322 61 46

Finanzen

Herzlichen Dank für Ihre Spende. Jeder Franken zählt!

Spenden von Januar bis Mai

Fr. 102'500.- Budget	- Fr. 24'120.- Spenden
-------------------------	---------------------------



Allgemeine Spenden werden zwischen der EDU Schweiz und der EDU Kanton Zürich aufgeteilt. Projekte der EDU Zürich unterstützen Sie direkt über das Postkonto 80-37173-6. **Derzeit fehlen uns Fr. 24'120.-.**

Ihre Spenden an die EDU sind vom steuerbaren Einkommen abzugsberechtigt; Ehepaare bis Fr. 20'000, alle anderen bis Fr. 10'000.

Die Spendenbescheinigung für Ihre Steuererklärung erhalten Sie im Februar des Folgejahres.

Haben Sie Fragen? Kontaktieren Sie den Kassier der EDU Kanton Zürich, Martin Lobsiger: 044 860 06 33; martin.lobsiger@edu-zh.ch.

Impressum

EDU Kanton Zürich

Bürglistrasse 31, 8400 Winterthur
052 222 42 61, info@edu-zh.ch

Spendenkonto

IBAN: CH35 0900 0000 8003 7173 6, Postkonto: 80-37173-6

Redaktion Daniel Suter, Beatrice Zurflüh
Gestaltung Lukas Frey

Rahmenvertrag Schweiz–EU: wie weiter?

Nach der erfreulichen Nicht-Unterzeichnung des weitgehend von der EU diktierten Rahmenabkommens EU–Schweiz ist dieses noch nicht vom Tisch. Was ist zu tun?



a. Nationalrat Markus Wäfler

Die EU-Turbos in Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien dürften in nächster Zeit verschiedene Rettungsversuche des Abkommens lancieren. Denkbar wäre etwa eine Parlamentarische Initiative mit dem Ziel, den EU-Rahmenvertrag oder gar den Beitritt zum EWR oder zur EU im Parlament durchzuboxen. In diesem Fall wäre das Volk mit einem klaren Nein gefragt.

Schweiz hat grosse Handlungsfelder

Sowohl die EU wie die Schweiz sind an guten gegenseitigen Beziehungen interessiert. Verträge mit der EU müssen aber die Selbstbestimmung und berechtigten Interessen der Schweiz respektieren.

Aktuell ist die Schweiz vielfach gefordert, den durch politische Blockaden errichteten Reformstau zu beseitigen. Ich denke etwa an folgende Bereiche:

- Nach der Nichtunterzeichnung des Rahmenabkommens darf sich die Schweiz dem angekündigten Unternehmens-Besteuerungsdiktat der hochverschuldeten G7-Staaten nicht unterwerfen. Wer ungerechte Steuern korrigieren will, muss gegen die Steuerhöhlen der G7-/G20-Länder kämpfen – und nicht gegen die sogenannten «Steuerparadiese».



- Bei der Reform der Sozialversicherungen müssen alle Beteiligten akzeptieren, dass die längere Lebenserwartung und die Demografie eine Erhöhung und Flexibilisierung des Referenz-Rentenalters auf mindestens 67 Jahre und die Senkung des Umwandlungssatzes beim BVG nötig machen. Das macht aber nur Sinn, wenn ältere Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt für Arbeitgeber attraktiv bleiben, z. B. durch Reduktion der Lohnnebenkosten.
- Nötig ist ebenfalls eine Liberalisierungs-Korrektur beim Arbeitsmarkt. SP und Gewerkschaften haben die Flankierenden Massnahmen zu den Bilateralen Verträgen verstärkt und damit die Arbeitgeber in ein zu enges Korsett gesperrt.
- Gleichzeitig verlangen die gleichen Kreise die Abschaffung der Hochpreisinsel Schweiz, jedoch auch den freien Parallel-Import billiger EU-Produkte. Schweizer Löhne bei gleichzeitig tieferen EU-Lebenshaltungskosten?! Dieser Ansatz ist unfair.
- Absolut unabdingbar ist ein Abbau der bürokratischen Hürden für Unternehmen, etwa bezüglich willkürlicher Vorgaben in den Bereichen Umwelt/Klima.
- Im Blick auf die fehlenden Stromimport-Möglichkeiten (Wegfall langfristiger Verträge mit Frankreich, Atomausstieg in Deutschland Ende 2022) muss die eigene Stromproduktion ausgebaut werden, inklusive die aufgrund von Öko-Blockaden schubladisierten Pumpspeicherwerk-Projekte an der Grimsel oder am Berninapass. Wollen wir Strom-Blackouts vermeiden, müssen wir die Produktionskapazitäten rasch wirksam erhöhen – auch wegen des enormen Energiebedarfs infolge der Digitalisierung.

Ich bin überzeugt, dass sich die Schweiz in konstruktiver Zusammenarbeit mit anderen Ländern im künftigen Europa behaupten kann. Das setzt aber einigen Handlungsbedarf voraus, und zwar rasch. ●

klipp & klar

Lisa Leisi, Thomas Feuz



EDU in Aktion

EDU AG: Vernehmlassung «**Errichtung einer neuen Mittelschule im Fricktal**»

EDU BE: In einer Motion fordert EDU-Grossrätin Katharina Baumann ein **flächendeckendes Wasserstoff-Tankstellennetz bis 2025**. Das Anliegen erhielt breite Unterstützung von links bis rechts.

EDU ZH: Zusammen mit Vertretungen aus EVP und SVP forderte EDU-Kantonsrat Hans Egli in einer **Motion** den Regierungsrat auf, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die **zentrale Einsatzleitung** über die verfügbaren Polizeikräfte in ausserordentlichen Lagen und bei Grossereignissen durch das Kommando der Kantonspolizei Zürich erfolgt. In einem **Postulat** forderte EDU-Kantonsrat Hans Egli **mehr Bio-diversität** entlang von Velowegen, Strassenbegleitflächen und Lärmschutzwänden. Das Anliegen wurde von Vertretungen aus AL, EVP, GLP, Grünen und SP mitunterzeichnet.

EDU Schweiz: «Umfassendes Contact-Tracing, Diskriminierung von Nicht-Geimpften»: Die Geschäftsleitung erachtet die Unterstützung des **Referendums II gegen das neue Covid-Gesetz** als sinnvoll. Die Unterschriftensammlung läuft noch bis am 8. Juli. ➔ **Download: www.covidgesetz-nein.ch**

Kurzmeldungen

Landeskirche: Paten ohne christliches Bekenntnis. Taufen können in einem individuellen Gottesdienst ähnlich wie Trauungen stattfinden, Eltern sind bei der Wahl der Taufpaten frei, Gottesdienste müssen nicht mehr an jedem Sonntag stattfinden: Das sind die wichtigsten Neuerungen, welche die Synode in Baden AG vor Monatsfrist beschlossen hat.

«**Swiss LGBTI Label**» – **Aktion pro «Ehe für alle»?** Die Offene Kirche Elisabethen in Basel wurde als erste kirchliche Institution mit dem «Swiss-LGBTI Label» ausgezeichnet (ref.ch/18.6.21). «Dieses geht an Organisationen und Firmen, die sich für die Gleichberechtigung von LGBTI-Personen einsetzen.»

Freikirchen: grosses gesellschaftliches Engagement. «Die Freikirchen sind in der Schweiz systemrelevant. Sie leisten in unzähligen Stunden Freiwilligenarbeit einen substanziellen Beitrag für eine nachhaltige Gesellschaftsentwicklung», hält der Freikirchenverband VFG in einer Studie fest. Soziales Engagement sei ein Wesensmerkmal der Freikirchen. «Viele Freikirchen blühten geradezu auf, weil sie sich für Menschen in Not engagieren konnten.» (freikirchen.ch/14.6.21)

Impfen: BAG überfordert Kinder und entrechtet Eltern. In einem Brief an Gesundheitsfachpersonen hält das BAG fest, dass Kinder ab 10 Jahren urteilsfähig sein können und auch ohne die Einwilligung ihrer Eltern oder Erziehungsberechtigten einer Impfung gegen das Coronavirus zustimmen können. Dass Kinder die Bedeutung und mögliche Auswirkungen einer solchen Impfung erfassen können, ist unwahrscheinlich, eine Impfung ohne Zustimmung der Eltern problematisch. Inzwischen argumentiert auch der Bundesrat mit der «Logik» des BAG: Die urteilsfähige Person allein sei berechtigt, einer Verletzung der körperlichen Integrität zuzustimmen – auch wenn sie gesetzlich unmündig sei, also unter 18. (II)



Israel: nahezu alle Beschränkungen aufgehoben. In Israel sind seit Anfang Juni nahezu alle Corona-Einschränkungen aufgehoben, wie israelnetz.com berichtet. Beschränkungen für Restaurants, Geschäfte und Kultureinrichtungen fallen vollständig weg. Selbst ein Impfnachweis in Form des Grünen Passes ist nicht mehr erforderlich. Einige Regelungen bleiben bestehen, wie zum Beispiel die Maskenpflicht in Innenräumen, die jedoch bald aufgehoben werden soll. Ungeimpfte Einreisende müssen sich weiterhin in Quarantäne begeben. Inzwischen sind über 55 % der Gesamtbevölkerung bzw. rund 70 % der über 19-Jährigen vollständig geimpft. (II)

Israel: Kurskorrektur unter Biden? Die USA wollen wieder das Konsulat für Palästinenser in Jerusalem eröffnen (ILI News/30.5.2021). Dieses wurde im März 2019 unter US-Präsident Donald Trump geschlossen und in die US-Botschaft in Jerusalem eingegliedert. Die Biden-Administration werde eng mit ihren Partnern zusammenarbeiten, «um sicherzustellen, dass finanzielle Wiederaufbauhilfe nicht der Hamas zugutekommt.»



Klartext in Bern



EDU-Nationalrat Andreas Gafner

Geschätzter Herr Präsident
Werter Herr Bundesrat
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Ich nehme Stellung zur Haltung der beiden Minderheiten. (...) Die Rechtsgleichheit nach Art. 8 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft muss gewahrt werden. Niemand darf wegen einer nicht durchgeführten **Covid-19-Impfung** diskriminiert werden. Eine Aussortierung mittels **Covid-Zertifikat** vermittelt eine Zweiklassen-Gesellschaft: Die Guten, die alles mitmachen, und die Bösen, die sich weigern – aus was für Gründen auch immer. Das darf nicht passieren!

Die viel zitierte Freiwilligkeit beim Impfen wird hier sozusagen durch die Hintertüre mit Impfwang ausgehebelt. Wenn mittels dieses Zertifikats Menschen ausgegrenzt und ausgeschlossen werden sollen, ist das ein Novum in unserer Schweizer Geschichte und unseres Staates unwürdig. (...) Ich stelle fest, dass sehr viel unklar ist, etwa betreffend Dauer des Impfschutzes, Nachimpfung, möglicher Ansteckung und Nebenwirkungen. Auch in der Wissenschaft gibt es sehr unterschiedliche Ansichten, will heissen: Es gibt nicht die Wahrheit, wie es von gewissen Experten dargestellt wird. Wir sollten die Bedenken einer recht grossen Bevölkerungsgruppe ernst nehmen und die Rechtsgleichheit stärken.

Die zweite Stellungnahme betrifft das **Ordnungsbussengesetz**. (...) Die Auswirkungen der **Maskentragpflicht** sind zum Teil ausgeüfert. Immer mehr Menschen, gerade auch ältere, tragen Masken in der freien Natur, auch wenn sie allein sind. Die Einschüchterung und die von vielen Medien verbreitete Angst lassen allmählich den gesunden Menschenverstand verblassen. Wir sehen, dass es im ÖV keine Probleme mit der Maskentragpflicht gibt. Geben wir unseren Mitmenschen endlich wieder Kompetenz und Vertrauen zurück! Positive Signale werden sich positiv auswirken.

Ich bitte Sie im Namen der Fraktionsminderheiten, diesen beiden Anträgen zuzustimmen. Herzlichen Dank!
(gekürzt; tf) ●

Familie leben!

«**Familie fägt!**» heisst der EDU-Familienwettbewerb. **Familie ist eine von Gott gewollte Lebensgemeinschaft, die Freude und Spass machen soll. Ein Leben in der Familie ist oft aber auch herausfordernd und ein Angriffspunkt des Feindes. Deshalb wollen wir im Gebet für Familien eintreten.**

Simon Fülleemann,
Mitglied GL EDU Schweiz, Ressort Gebet/Kontakte



Gott hat Mann und Frau erschaffen und ihnen den Auftrag gegeben, die Erde zu füllen (1. Mose 1,28). So bildet die Ehe die Grundlage der Menschheit. Aus dieser intimen Beziehung entstehen Kinder und somit Familien. In der Bibel werden Kinder als ein Segen und eine Gabe Gottes bezeichnet (Psalm 127,3).

Familien – hart umkämpft

Weil in Ehe und Familie so viel Kraft und Potenzial steckt, setzt der Teufel alles daran, Familien und Ehen zu zerstören. Wir müssen aber keine Angst haben, wenn der Satan wie ein brüllender Löwe umhergeht (1. Petrus 5,8). Man beachte das «wie»! Er ist kein gefährlicher Löwe, er führt sich nur so auf. Die Wahrheit ist: Jesus hat am Kreuz den Sieg errungen, Satan ist besiegt! So will ich dazu ermutigen, dem Feind in der von Gott gegebenen Autorität zu widerstehen, sodass er von uns flieht (Jakobus 4,7). Lasst uns für gesunde Ehen und Familien beten und diese tatkräftig unterstützen!

Wir wollen uns die Freude und die Gemeinschaft nicht rauben lassen, weder durch Covid-19, schwierige Umstände oder Lebensphasen noch durch sonst etwas. Und wenn Sie sich als Single nun nicht wirklich angesprochen fühlen: Paulus war auch Single und wünschte sich sogar, dass alle so seien wie er (1. Korinther 7,7). Auch wenn Sie als Single keine eigene Familie haben, so haben Sie doch Freunde. Gott hat den Menschen zur Gemeinschaft geschaffen und nicht zum Alleinsein! Eine Erkenntnis, die mir durch die Corona-Situation ganz neu bewusst wurde.

Leben in Gemeinschaft

Die Sommerferien stehen vor der Tür. Benutzen wir diese Zeit, um Freundschaften zu pflegen, neue Kontakte zu knüpfen, sich mit zerstrittenen Personen zu versöhnen und Familie zu leben! Lebe Familie, sei dies in der natürlichen Familie, in der Gemeinde, in der EDU-Familie oder im Freundeskreis! ●

Die Schweiz nachhaltig mit Energie versorgen

Während der letzten 18 Monate wurden in dieser Rubrik regelmässig Beiträge über nachhaltige Formen von Primärenergie publiziert. Die vorliegende Zusammenfassung hinsichtlich eines eigentlichen Versorgungskonzepts schliesst die Serie zu Energiethemen ab. Danach ist eine weitere Staffel unter dem Oberbegriff Energieumwandlung und Speicherung geplant.

Beat Reuteler, CDM FH NDS und Masch.-Ing. HTL

Manche werden bisher das Thema Wasserkraft vermisst haben. Es fehlt, weil diese Quelle allgemein akzeptiert und gut ausgebaut ist. Kernenergie-Affine vermissen Atomstrom: Er fehlt, weil ich diesen als nicht nachhaltig betrachte und er im Jahr 2050 in der Schweiz keine Rolle mehr spielen dürfte oder sollte. Manchen fehlt vielleicht eine Stellungnahme zur Elektromobilität, weil diese ja sehr aktuell ist. Meine Überlegung: Bevor wir Energie verbrauchen können (Mobilität ist Verbrauch), müssen wir sie erst einmal haben. Deshalb also: Energiequellen zuerst! Ich bitte um Geduld.

«Nose to Tail»

Diesen Begriff aus der Küche gegen Food Waste stelle ich der Idee dieses Energiekonzepts voran. Der Grund: Es gibt keine einzige Primärenergieform, die in der Lage wäre, uns vollständig und nachhaltig zu versorgen, ohne dramatische Einbussen in den Bereichen Sicherheit, Komfort und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit.

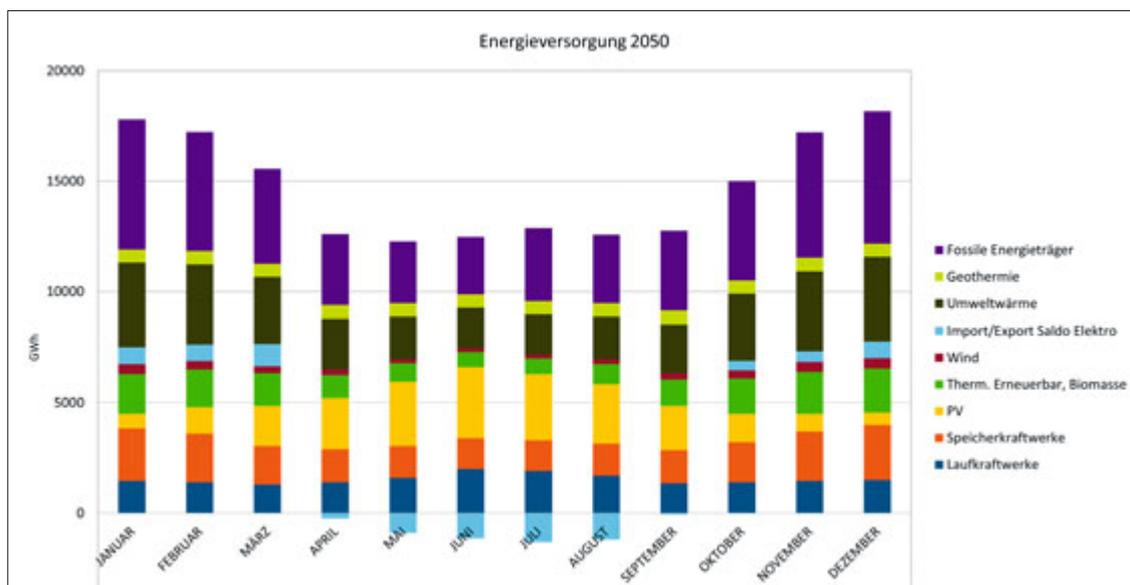
Der erwähnte Begriff steht dafür, dass in der Fleischküche soweit möglich das ganze Tier, wenn es denn mal geschlachtet ist, verwertet werden soll.

Wir können es uns nicht leisten, eine bestimmte nachhaltige Energieform, die wir nutzen könnten, ungenutzt zu lassen. Auch nicht Formen, die als zweite oder dritte Wahl erscheinen.

2050: ein mögliches Szenario

Wie sieht die Schweiz in 30 Jahren aus? Gehen wir einmal von folgenden Annahmen aus:

- Die Wasserkraft bleibt das Rückgrat der Stromversorgung; vor allem die Speicherkraftwerke dienen dazu, den Winterbedarf zu decken. Ein signifikanter Ausbau der Speichervolumen in den Alpen erfolgt, aber auch die vorhandenen Volumen werden konsequenter saisonal ausgenutzt.
- Moderater politischer Wandel in der Schweiz ermöglicht Fördermodelle, die heute noch nicht denkbar sind, vor allem in den Bereichen Windkraft, Geothermie und Photovoltaik sowie Biomasse und Umweltwärme.
- Lagerfähige Biomasse liefert im Winter viel Wärme, auch Fernwärme.
- Trotz aller Anstrengungen bleibt ein bedeutender Anteil an fossilen Energieträgern, insbesondere in Form von Treibstoffen; deren weitergehender Ersatz ist in Arbeit.
- Alle Schweizer Kernkraftwerke sind abgestellt.



Diese Übersicht verdeutlicht die dem Bedarf angepasste Verteilung der Potenziale der verschiedenen Energieformen über das Kalenderjahr.

- Aufgrund der fortschreitenden Elektrifizierung und in deren Folge Effizienzsteigerung sinkt der gesamte Energieverbrauch um rund 26 %.
- Die genannte Effizienzsteigerung deckt darüber hinaus den Mehrbedarf durch Wachstum.

Vergleich der Energiequellen

Aus dieser Übersicht können die Charakteristik und Veränderung der verschiedenen Energiequellen zu heute herausgelesen werden, im Diagramm von unten nach oben:

- **Laufkraftwerke:** Die heutige Baisse im Winter wird durch die abfliessenden Speichervolumen etwas aufgefüllt. Saisonale Speichernutzung stützt also die Mengen in den Fliessgewässern im Winter (+5 %).
- **Speicherkraftwerke:** Durch Ausbau und saisonale Nutzung der Speichervolumen (+25 %) verschiebt sich das Liefermaximum in den Winter (+/- 0 % Energielieferung). Die Bedeutung der Speicher als Hochwasserschutz zur Zeit der Schneeschmelze steigt.
- **Photovoltaik (PV):** Dank 3-mal schnellerem Ausbau als heute erreicht die Gesamtlieferung 22 TWh/a (+600 %). Aus naheliegenden Gründen liegt das Maximum im Sommer. Aber auch die Winterlieferung wird signifikant.
- Die bereits existierenden Pumpspeicher, zusammen mit künftigen elektrochemischen Speichern, schaffen den Tag-/Nacht-Ausgleich. Dank regelbaren Trafos speisen Plusenergie-Quartiere die Energie ins Mittelspannungsnetz ein.
- **Biomasse:** Durch Vollausbau der nachhaltigen Potenziale (+200 %) und saisonale Lagerung von Biomasse sowie Nutzung zu Wärme/Fernwärme und Stromerzeugung erreicht dieser Energieträger den Status einer wichtigen Stütze im Winter.
- **Wind:** Es braucht einen signifikanten Wandel in der Schweizer Politik, um der Windkraft den Beitrag zu ermöglichen, wie ihn dieses Szenario darstellt. Trotzdem bleibt er bescheiden (+1900 %). Ausländische Windkraft siehe Import/Export.
- **Import-/Export-Saldo elektrische Energie:** Die Exportüberschüsse per Saldo dürften leicht sinken (-20 %). Hingegen erfolgen eine weitere bedarfsgesteuerte Verschiebung des Imports in den Winter (ausländische Windkraft) und eine Zunahme des Exports im Sommer (Schweizer PV). Der Exportüberschuss im Sommer ist im Diagramm unter der 0-Linie dargestellt.
- **Umweltwärme:** Diese Energieform wird nach Wasserkraft, fossilen Energieträgern und PV zur viertgrössten Energiequelle für unser Land. Sie erreicht mehr als 30 TWh/a (+450 %). Um dies zu verwirklichen, ist die Politik in der Schweiz wirklich gefragt.
- **Tiefe Geothermie:** Trotz gewaltiger Anstrengungen bleibt der Beitrag bescheiden (+5000 %).



Diese Energieform hat jedoch für die Zeit danach weiter ein gewaltiges Potenzial, speziell in Form von Wärme.

- **Biogene Treibstoffe:** siehe Biomasse.
- **Fossile Energieträger:** Die Abnahme dieser Energiequelle spiegelt sich in der Zunahme der Summe aller erwähnten erneuerbaren Energieträger. Die Abnahme ist sogar grösser, weil die Ersatz-Formen teilweise bedeutende Effizienzvorteile mit sich bringen. Trotzdem kann ich in meinem Konzept bis heute nicht erkennen, wie die Schweiz bis 2050 annähernd alle fossilen Energieträger ersetzen kann (-67 %).

Ein persönliches Fazit

Ich vermute, dass an diesem Versorgungskonzept niemand wirklich Freude hat. Klimaaktivisten dürften wegschauen, weil ich keinen vollständigen Ersatz der Fossilen in dieser Zeit erkennen kann. Konservative Kreise könnten die Nase rümpfen, weil sie sich erhoffen, dass die Menschen auf die Masche mit aus fossilen Stoffen gewonnenem Wasserstoff hereinfallen, und/oder weil sie um die gewaltigen nächtlichen Überschüsse aus nuklearer Produktion trauern, mit denen sie die Pumpspeicherseen füllen wollten.

Ziel dieses Beitrags war es nicht, irgendjemandem eine Freude zu machen. Vielmehr soll damit aufgezeigt werden, was bei gutem Willen mit den Talenten möglich ist, die uns der Schöpfer anvertraut hat. ●

Quellen: BFE; Energiestatistiken 2018, 2019, Teilstatistiken 2020, wöchentlicher Füllgrad der Speicherseen 2012 – 2020. Wikipedia (diverse Beiträge). Websites von Swissolar, Biomasse Schweiz u.a.
Bild oben: Flusskraftwerk Laufenburg



Ruedi Ritschard, Kolumnist

Rassig fahre ich auf dem Rennrad dem Brienzersee entlang, mit 33 km/h im Windschatten hinter einem 30er-Töffli. Der Fahrer eines 45 km/h schnellen E-Bikes überholt uns locker, inklusive blödes Grinsen. Warum dürfen Mofas nur 30, Elektrovelos aber bis 45 km/h fahren?? –

An einem schönen Ferientag anno 1960 machten wir uns auf mit unseren 3-Gang-Velos, mein Kollege Peter und ich, inklusive Seitentaschen und Zeltsack auf dem Gepäckträger. Tessin, wir kommen! Das erste Hindernis: der Susten. Bald war Schieben angesagt. Der kleine Gang war damals eben zu gross. Die Abfahrt ein Spass, fast kein Verkehr, tolle Veloverhältnisse. Schon quälten wir uns den Gotthard hinauf. Dann die Tremola hinab (Kopfsteinpflaster!), die Leventina. Abends bremsen wir hundemüde am Eingang zum Zeltplatz Ascona ...

... ein kleines Rasenviereck auf dem grossen Zeltplatz am See. «Das soll unser Platz sein? Lumpiger geht's wohl nicht!», wettet Peter. «Da hat ja nicht mal ein Badetuch drauf Platz!» – «Das passt doch für eine Nacht. Unser Zeltchen passt doch wunderbar in diese Zahnücke», beschwichtige ich. «Schon gut, aber für diesen Preis! Ein Abzocker, dieser Typ am Schalter. Hast du gesehen, wie der dämlich grinst hat? Und wie er meinen Ausweis studiert hat? Minutenlang!», fährt Peter weiter. «Er war wohl von deinem Foto so begeistert und dachte, ein Filmstar sei eingetroffen!», lache ich. «Im Ernst, warum hat mich dieser Mensch so angeglotzt? Und telefoniert hat er und mit den Händen herumgefuchelt!» – Kurz vor dem Einschlafen flüstere ich: «Peter, das Schild am Eingang... Zutritt unter 16 Jahren verboten ...»

Gegen Mitternacht höre ich Stimmen. Ich öffne den Reissverschluss des Zeltes. Eine Taschen-

lampe irrt durch die Nacht. Dann sehe ich schwere Polizeistiefel. Sie bleiben vor unserem Zelt stehen. «Vieni subito con me, soffort mitggommeen!», schnarrt eine eisige Stimme. Peters Schnarchen verstummt subito, mein Herzschlag rast. Wie Verbrecher packen uns die beiden Poliziottis am Pyjamakragen und führen uns ab zur Rezeption. Der Typ grinst immer noch... Die Aufklärung des Dramas: 1. Die Polizei suchte zwei junge Diebe, die Campingplätze unsicher machten. 2. Peter war noch nicht ganz 16; wir machten uns wohl verdächtig. 3. Der Polizist rief zu Hause an und wollte von den Eltern wissen, ob sie unsere Reise bewilligt hätten. 4. Wir erhielten eine Verwarnung. Der Typ am Schalter – erraten – grinste immer noch.

Unser Velotrip verlief ohne weitere Schwierigkeiten: Spaghettiplausch mit Butter und Weissbrot in Verbania, Flucht vor einem Exhibitionisten, hinauf nach Domodossola, mit dem Zug nach Brig und Übernachtung hinter dem Kloster St. Ursula. Dann im unmenschlichen Gegenwind «ds Wallis ab», über den stotzigen Col-du-Pillon und schliesslich durchs liebe Simmental zum Thunersee und heim auf unser geliebtes Bödeli (Interlaken und Umgebung, Anm. d. Red.). **So war das damals,** als wir noch jung und schön waren.

Ich wünsche allen schöne (E-Bike-Velo-)Ferien. Heit Sorg u bhüet-Ech Gott! ●



Spenden in WIR

Sie können die EDU auch mit WIR unterstützen. WIR-Spenden senden Sie bitte an:

EDU Schweiz
Postfach 43
3602 Thun

IBAN: CH87 0839 1122
3053 9000 0

Wir danken Ihnen herzlich für jede Form der Unterstützung.

Quando bionda Aurora

Il Salmo svizzero inizia proprio queste parole. Quando bionda Aurora... Ma cosa ci vuole dire?

Gabriel Pastor, membro UDF Ticino



Oggi le parole del Salmo possono risultare, in un certo qual modo, offensive per coloro che professano una politica di apertura totale (guai a offendere con parole o gesti). Vi invito a leggere il Salmo svizzero in tutta la sua interezza per capire meglio il significato che volevano esprimere queste parole molti anni fa, esattamente nel 1841. Ricordiamoci di loro e continuiamo a governare così come è stato il loro volere (libertà in completa democrazia). Al giorno d'oggi, dove tutto è permesso, molti di noi credono di vivere meglio ... si sentono liberi di avere comportamenti che oserei definire osceni senza alcun ritegno verso gli altri, cioè verso coloro

che vivono, se non totalmente almeno in buona parte, seguendo le regole istituite da coloro che oggi ci governano (buoni o meno buoni, ma comunque l'autorità). Preghiamo per le nostre autorità così da far capire loro che le pensiamo e chiediamo a Dio nelle nostre preghiere di dare loro la saggezza per governare il Paese e i suoi cittadini. Credetemi, la preghiera è l'arma più efficace che abbiamo perché DIO le ascolta e da Cristiani dobbiamo essere fieri di appartenere a Lui, quali suoi figli.

Ultimi tempi

Fratelli siamo alla frutta, il nostro tempo è oramai quasi agli sgoccioli; cerchiamo

di non sprecarlo con cose inutili. Facciamo la nostra parte di figli di Dio e di cittadini di questa nostra Patria... Come dobbiamo fare vi starete chiedendo? Molto semplice: oltre alla preghiera facciamo il nostro dovere di cittadini informandoci e andando alle urne per le votazioni che sono importanti per il Paese, ma soprattutto per il Regno di DIO.

Vi consiglio un libretto che qualche tempo fa è stato distribuito in diverse Comunità:

«Il Cristiano e la Politica»; leggetelo, e se potete, fatelo leggere anche ai vostri amici, conoscenti, anche a coloro che dicono di essere atei ... vedrete che lo apprezze-



ranno. Lo trovate anche sul sito www.udf-ticino.ch.

In questo tempo d'incertezza e di instabilità, sia economica che di fede, bisogna che ci impegniamo ancora di più nel diffondere la Parola di DIO... Il libretto è un'anteprima e ci spiega come un Cristiano deve agire per non permettere al maligno di fare danni irreparabili. ●

Glaube, Hoffnung, Liebe in Aktion



«Ich bin immer Bauer geblieben. Vom Getreidebauer zum Gemeindebauer»

(Mai 2021); 148 Seiten, ISBN 978-3-906959-46-7, Fr. 16.80

«In den Gottesdiensten in Indien sassen die Menschen auf dem Erdboden. Es herrschte eine ernsthafte Aufmerksamkeit. Bei einer Temperatur von 40 Grad schliefen dann und wann ältere Personen ein. Deshalb standen in den Gängen Wächter mit langen Holzstäben, um eingeschlafene Zuhörer aufzuwecken. Nach dem Gottesdienst kam jeweils eine Schar Kranker und baten um Gebet.»

In seinem Lebensbericht nimmt uns Ernst Stöckli auf die verschiedensten geistlichen Saat- und Erntefelder mit. Nach sechs aktiven Jahrzehnten in der Reichgottesarbeit weiss der langjährige Gemeindeführer des Christlichen Zentrums Thalgut im bernischen Aaretal («vom Hauskreis zur Viergenerationengemeinde») viel zu erzählen: von Höhen und Tiefen, von geistlichen Aufbrüchen und Rückschlägen im persönlichen Glaubensleben. Die authentischen Schilderungen nehmen uns hinein in ein Leben, das bis heute – der Autor ist soeben 80 geworden – spannend geblieben ist.

Sie sprechen direkt in unsere Zeit, etwa im Kapitel «Das Geschenk von Ehe und Familie».

Wie wichtig «Brot des Lebens und Lebenswasser» sind, weiss kaum jemand besser als ein Getreide- und Gemeindebauer. Umso erfreulicher, dass die facettenreichen Schilderungen nicht belehrend daherkommen. Vielmehr geht es dem Autor ums Gotteslob: «Es geht um seine grosse Gnade und Allmacht. Und darum, was er mit geringen Menschen zu tun vermag.» Entstanden ist ein mutmachendes Zeugnis für einen tiefen Glauben, tragende Hoffnung und tätige Liebe.

Thomas Feuz

Angebote und Termine

Marktplatz

OFFENE STELLEN

«Blüemele» ist Ihr Beruf, Ihre Berufung. Wir suchen auf Sept. 2021 oder nach Vereinbarung, **Region Bern**, eine **kreative Teilzeit-Floristin**. Sie bringen Berufserfahrung mit, sind sich selbstständiges Arbeiten gewöhnt, sind belastbar und fahren Auto. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.
Kontakt: 079 288 37 45

VERKAUFEN

Generationen-Haus für Familie mit Vision. 2 Wohnungen, Umschwung, ruhige, familienfreundliche Umgebung im unteren Emmental. Gute ÖV-Anbindung, Schulen, Geschäfte und direkt an Naherholungsgebiet gelegen.
K: 079 537 06 96

Doppelbett mit je einem Nachttisch und sehr gut erhaltener Matratze, in Neerach, Zürcher Unterland. Preis nach Vereinbarung.
K: 076 451 06 48

VERMIETEN

Ruhig gelegene 4 ½-Zi.-Wohnungen in Murgenthal (Ortsteil Glas- hütten) in 6-Familienhaus. WF 95 m². Offene Küche, Wohnzimmer mit Balkon oder Gartensitzplatz, 3 Schlafzimmer, Bad/Dusche/WC. Übernahme Hauswartung möglich. Mehr Infos und Bilder: www.comparis.ch/immobilien/marktplatz/details/show/25500145. MZ inkl. NK pauschal: Fr. 1500.
K: D.+J. Dubois, Tel. 056 451 14 14, judith.dubois@gmx.ch

Ab 1. Juli in Huttwil, Ringstrasse 2, in Zweifamilienhaus, 1. OG und DG: **Liebhaber-3,5-Zi.-Wohnung**, geeignet für Homeoffice. 74 m², Wohnküche mit GS und GK, Dusche/WC, sep. WC, Balkon (3 m²), Terrasse (27 m²), Kellerraum. Waschküche/Trocknungsraum zur Mitbenützung. MZ Fr. 1190 inkl. NK, Autounterstand Fr. 75. Auf Ihre Kontaktaufnahme freut sich J. Eberhart: 079 767 27 34

Ferien in der Natur pur! Herziges, kleines freistehendes Haus, Nähe See und Berge in Bergdorf im Kt. BE. Platz für 1-6 Pers., ab 6-7 Nächte. K: 076 305 56 84; goldstift@gmx.net

2-Zi.-Ferienwohnung am Thunersee, ideal bis 2 Personen. Schöne, helle Wohnung, Blick auf den See. Ged. Sitzplatz vor Rasen, ideal zum Wandern, Spazieren, Velo fahren, Baden, Ausflüge. ÖV sehr nahe. PP vor dem Haus. TV, W-LAN, Kaffeemaschine, Föhn, Bettwäsche, Frottee- und Küchentücher inkl. N: Fr. 60, Endreinigung: Fr. 80.
K: 078 666 36 51

VERSCHENKEN

Das aktuelle Traktat von Manfred Paul zum 1. August: «Neutral – genügt das?» Gratis erhältlich beim Literatur-Dienst, Postfach 21, 3113 Rubigen BE, SMS + Tel.: 079 613 20 02; literatur-dienst@bluwien.ch

VERSCHIEDENES

Ferienzimmer mit Pflege/Betreuung, Balkon, DU/WC und schönster Sicht auf den Ägerisee. Von Mitte August 2021 bis Ende Juli 2022. Im Haus Wiesengrund, Ländli, Oberägeri ZG. Anfragen und Buchungen: Christl. Alters- und Pflegeheim Au, Frau Posada 043 833 28 88, m.posada@aph-au.ch

«Trampolin und mehr» – Seminarwoche vom 27.9. – 1.10. 2021 im Hotel Artos in Interlaken. Präventiv-Medizinisches Trampolintaining kennenlernen – wohltuende Entspannung erleben – köstliches Essen geniessen – wertvolle Impulse für das Leben mitnehmen! Mehr unter www.swingwalking.com oder 071 223 20 23

www.predigten4you.ch – Predigten für Sie, wie Sie es wahrscheinlich nicht gewohnt sind.

Die EDU lädt ein

Baden: jeden 1. Montag des Monats: EDU-Gebet. Kontakt: 079 541 38 51

Biel: jeden 1. Donnerstag des Monats, 19 Uhr, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet.
K: 032 365 42 53

Heiden: jeden 1. Dienstag des Monats, 14.30 Uhr, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet.
K: 077 520 48 73

Männedorf: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen von 9-10 Uhr, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Zürich: jeweils am 2. Mittwoch des Monats, 18.30 – 19 Uhr, Cevi-Zentrum Glockenhof, Raum der Stille, Sihlstrasse 33: EDU-Gebet.
K: 044 322 61 46

12.7./26.7./9.8./23.8. Bülach: 20-21 Uhr, Gebetshaus Bülach, Winterthurerstrasse 23: Fürbitte-Gebet. Organisation: EDU Zürcher Unterland. K: 044 865 20 32, 044 856 01 93

18.7./15.8. Herisau: 17 Uhr, Pfingstgemeinde, Rosenastrasse 1: EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

Christliche Anlässe

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

18.-23.7. Sommerakademie, mit Kinderbetreuung
24.-31.7. Familienfreizeit 1, mit Boris Giesbrecht & Team
31.7.-7.8. Familienfreizeit 2, mit Andreas Maul & Team
7.-14.8. Familienfreizeit 3, mit Matthias Hagel & Team
Kontakt: 033 841 80 00, www.gaestehaus.ch

Gemeinde für Christus

11.-21.8. Freizeit 50+ im Engadin. Infos/Anmeldung: gfc.ch/agenda
19. und 20.8. Tageskurse «Nähe-Lust» und «Biblelettering». Infos und Anmeldung: freizeithaus.gfc.ch
23.-27.8. Frauenfreizeit 40+ Infos und Anmeldung: Seminar- und Freizeithaus Wydibühl, Wydibühlstrasse 24, 3671 Herbligen BE, 031 770 71 71, freizeithaus.gfc.ch

Hinweis:

Alle Angaben unter Vorbehalt der weiteren Entwicklung.

Kontaktperson

Nicole Salzmann
marktplatz@edu-schweiz.ch

Der «EDU-Standpunkt» 09/2021 wird am 30. August 2021 versandt.

Redaktionsschluss: 6. August 2021
Druck: 26. August 2021

STANDPUNKT

Christlich-politische Monatszeitschrift

Stimmt Ihre Adresse noch?

Bitte helfen Sie Kosten sparen und teilen Sie uns Änderungen rechtzeitig mit: Telefon 033 222 36 37 mutationen@edu-schweiz.ch

Danke!

Marktplatz-Tarife

Verschenken	gratis
Verkaufen/Suchen	Fr. 20
Verkaufen/Suchen von Immobilien	Fr. 80
Vermieten	Fr. 50
Offene Stellen	Fr. 50
Stellensuche	Fr. 50
Partnersuche	Fr. 50
Verschiedenes	Fr. 50

Marktplatz-Inserate senden an:

EDU-Standpunkt
Redaktion «Marktplatz»
Postfach 43, 3602 Thun
oder per E-Mail: marktplatz@edu-schweiz.ch

Talon

ABONNEMENT PROBENUMMERN

Ich abonniere den «Standpunkt» für CHF 30.- (11 Nummern).

GESCHENKABO* für

Vorname und Name

Strasse und Nr.

PLZ und Wohnort

E-Mail

Datum

*RECHNUNG an:

Einsenden an: EDU-Standpunkt, Postfach 43, 3602 Thun

Impressum

HERAUSGEBER/REDAKTION

EDU-Standpunkt
Postfach 43
3602 Thun

ADMINISTRATION UND ADRESSMUTATIONEN

033 222 36 37 | mutationen@edu-schweiz.ch

INSERATE UND BEILAGEN

(ohne Marktplatz)
031 818 01 46 | inserate@edu-schweiz.ch

MARKTPLATZ (SEITE 18)

033 222 37 06 | marktplatz@edu-schweiz.ch

REDAKTION

033 222 37 07 | redaktion@edu-schweiz.ch

Thomas Feuz, Redaktionsleitung
Thomas Lamprecht (Vertreter der GL)
Anian Liebrand, Karin Hirschi, Lisa Leisi

regelmässige Mitarbeiter:

Beat Reuteler, Ruedi Ritschard, Markus Wäfler

Die Schreibenden geben ihre persönliche Ansicht wieder.

TESTAMENT / LEGATE

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Werte-orientierte Engagement der EDU. Weitere Auskünfte sind bei der Redaktion erhältlich.

KONZEPT / GESTALTUNG

Basel West Unternehmenskommunikation AG

LAYOUT

Harold Salzmann

DRUCK UND SPEDITION

Jordi AG, Belp

FOTOS

Titelseite: adobe stock

2 unten links, 17: Thomas Feuz

4, 7, 11: shutterstock.com

2 oben, 5, 6, 8, 12 unten, 15, 16: adobe stock

Kopfbilder, 2 unten rechts, 13, 19: zvg

40. Jahrgang; erscheint monatlich

11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)

Auflage: 21 500 Exemplare

Postcheck 30-23430-4

IBAN CH 35 0900 0000 3002 3430 4

www.edu-schweiz.ch

JAHRESABONNEMENT

nur Fr. 30.-/25 € für 11 Ausgaben (inkl. 2,5% MwSt.)

GESCHENKABOS UND PROBENUMMERN - AUCH ZUM VERTEILEN!

info@edu-schweiz.ch

033 222 36 37

«Zäme fürs Läbe»

Es sind turbulente Zeiten, auch für den «Marsch fürs Läbe». Doch nun haben die Organisatoren dank des Entscheids des Statthalteramts Zürich grünes Licht für die Durchführung des «Marsches» in Zürich erhalten. Mit im Programm dabei sind dieses Jahr u.a. der Walliser Nationalrat Benjamin Roduit (CVP/Die Mitte), Pfarrer Patrick Werder (reformierte Kirche Zürich) und der emeritierte Weihbischof Marian Eleganti.

Beatrice Gall, Mediensprecherin Marsch fürs Läbe

Mit dem diesjährigen Programm unter dem Motto «Jung, schwanger, hilflos?» wollen wir junge Frauen in einer Notsituation für die Möglichkeiten einer Weiterführung ihrer Schwangerschaft sensibilisieren. Wir möchten sie dazu anregen, trotz ihrer schwierigen Situation den Wert und die Kostbarkeit des werdenden Lebens zu bedenken. Denn vielen Frauen in Not wird eine Abtreibung als einfachste «Lösung» präsentiert. Informationen über Möglichkeiten zum Erhalt des Kindes fehlen oftmals gänzlich. Diese Einseitigkeit darf nicht sein! Es soll für Mutter und Kind ein «zäme fürs Läbe» geben können.

**SCHLUSS
PUNKT**

Meinungsfreiheit eingeschränkt



Es stimmt nachdenklich, dass die Rechte auf freie Meinungsäusserung gerade in Bezug auf die Lebensbefürworter zunehmend unter Druck geraten. Auch die Medienberichterstattung ist oft einseitig. Um-

so erfreulicher ist es, dass sich verschiedene Trägerorganisationen, darunter auch die EDU Schweiz, seit vielen Jahren beim «Marsch» so engagieren.

Unsere Präsenz vor Ort soll nicht nur ein Zeichen für das Lebensrecht sein, sondern auch für die Meinungsfreiheit in unserem Land. Wir machen uns stark dafür, dass Stimmen, die sich für das Leben engagieren, gleichberechtigt gehört werden, und gehört werden dürfen – wie jene der Gegenparteien, die oft laut ertönen.

Machen Sie mit und nehmen auch Sie am **18. September am «Marsch fürs Läbe»** teil! Gemeinsam stehen wir ein für das Recht auf eine professionelle und ausgewogene Beratung von (insbesondere jugendlichen) Schwangeren und für die freie Meinungsäusserung in unserem Land. ●

➔ www.marschfuerslaebe.ch

Anlässlich der
REA ISRAEL Tournee 2021
entstand eine siebenteilige
Israel Vortragsserie mit Ingolf Ellssel.

Via der Webseite www.rea-israel.ch sind diese
teils musikalischen und gesanglich umrahmten
Vorträge zugänglich.

Rundbriefbestellung:
mail@reaisrael.ch

Christliches Hilfswerk *REA Israel*
Hauptstrasse 20, 5013 Niedergösgen
Tel. 062 849 93 90, Fax 062 849 93 92



Unterstützen Sie
Christliche Grossfamilien.
Werden Sie Pate!

licht im **O**sten



Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs
fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze
Schurwollduvets, Kissen und Bettauflagen

Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!



Spycher-Handwerk **Schaukarderei**
Huttwil
- Naturfaserkleider
- Jurtenübernachtung
- Betriebsführungen
www.kamele.ch **062 962 11 52**



Treuer Verwalter sucht
Mehrfamilienhaus zu kaufen.
Das Erbe wird in Ehren
weitergeführt...
Bitte rufen Sie an: 033 535 59 45

